

## **Sitzung des Ausschusses „Gesundheit, Soziales und Frauen“ vom 06. Juni 2018**

In der Sitzung des Ausschusses „Gesundheit, Soziales und Frauen“, welche im Regine-Hildebrandt-Haus abgehalten wurde, stellte Frau Bräsemann vom Gewerbeamt der Stadt Lübbenau/Spreewald das neue Prostitutionsschutzgesetz sowie die Rolle der Kommune im Umgang mit diesem Gesetz vor. In diesem Zuge wurde auch die Beschlussvorlage „1. Änderung zur Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren“ eingebracht und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Ein anderer inhaltlicher Schwerpunkt der Sitzung bildete die Präsentation des AWO Zentrums ambulante Hilfen im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe. Die Familienhilfe richtet sich dem Grunde nach an die Personensorgeberechtigten und soll ihre Kompetenzen zur Erziehung und Förderung der Kinder, im Sinne des Kindeswohls, stärken. Ebenfalls kann sie dazu eingesetzt werden, um vorübergehend mangelnde Elternfunktionen zu kompensieren oder Kinder und Jugendliche im familiären Kontext in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und/oder sie in ihrem Prozess der Verselbständigung zu unterstützen.

Die Kitaleiterin Frau Hayn sowie die Erzieherin Frau Graf aus der Kita „Spiel & Spaß“ stellten, dass seit dem 01.01.2016 angewendete Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist.“ vor. Die Zielstellung ist es, dass sprachliche Bildungsangebot systematisch und ganzheitlich zu verbessern und die sprachliche Bildung in ihrer Gesamtheit in den Tagesablauf zu integrieren. Das Projekt kann viele positive Effekte nachweisen und es stellt sich die Frage, wie es nach dem Auslaufen der Förderung, durch den Bund weitergehen kann.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt beschäftigte sich inhaltlich mit der Beratung über eine Erhöhung des Zuschusses für das Frauen- und Kinderschutzhaus Lauchhammer. Seit Mitte der 90iger Jahre beteiligen sich die Städte im Landkreis Oberspreewald-Lausitz bei der Finanzierung dieser Einrichtung. Aufgrund von Preis- und Tarifsteigerungen diskutierten die Ausschussmitglieder über eine Erhöhung des Festbetrages. Damit will die Stadt Lübbenau/Spreewald ihren Anteil, zu einer soliden Anpassung der Gehälter der MitarbeiterInnen, leisten und das Angebot zukunftsfähig machen. In diesem Kontext wurde einer Erhöhung der jährlichen Zuwendung zugestimmt.